

# Zeit, zu handeln: Frauen sind in der Politik zu wenig vertreten

**Bericht** Frauen sind in politischen Gremien unterrepräsentiert - das zeigt auch das Ergebnis der diesjährigen Landtagswahl. Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut untersuchte die Gründe dafür und stellte den Bericht gestern in Gamprin vor.

VON SILVIA BÖHLER

Die Landtagswahlen vom 3. Februar 2013 endeten aus Sicht der Frauen mit einem wenig erfreulichen Ergebnis: Nur fünf Frauen errangen ein Landtagsmandat - der Frauenanteil im Parlament reduzierte sich somit auf 20 Prozent. «Eine Situation, für die wir uns im Ausland schämen müssen», räumte Regierungsrat Mauro Pedrazzini ein. Allerdings hätten die Parteien generell grosse Mühe, die Listen zu füllen - sei es mit Frauen oder mit Männern. Seitens des Ressorts und der Stabsstelle für Chancengleichheit gebe es daher grosse Bemühungen, Frauen in die Politik zu bringen. So habe man auch Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, damit beauftragt, die Landtagswahlen und die Unterrepräsentanz der Frauen in der Politik zu analysieren. Die Ergebnisse stellte er gestern im Gampriner Vereinshaus der Öffentlichkeit vor:

«Betrachtet man den Mandatsanteil von Frauen im Liechtensteiner Landtag seit 1986, zeigt sich ein tiefes Niveau in den 1980er- und 1990er-Jahren», so Marxer. «Mit Beginn des neuen Jahrtausends (Wahlen 2001 und 2005) näherte sich der Frauenanteil im Landtag jedoch schrittweise dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil der Frauen an.» Doch in den nachfolgenden Wahlen sei eine Stagnation oder sogar Rückschritt festzustellen. So erreichten die Frauen im Jahr 2009 6 der 25 Landtagsmandate, 2013 sind schliesslich noch 5 Frauen im Landtag präsent. «Mit einem Frauenanteil von 20 Prozent im Parlament liegt Liechtenstein im europäischen Mittelfeld, erfreulich ist dieser Prozentsatz nicht», so Marxer.

## Was sind die Gründe dafür?

Um die Ursachen für die geringe Beteiligung der Frauen im Parlament zu finden, verglich Marxer die Wahlergebnisse mit vorangegangenen Wahlen und führte zudem nach den Wahlen eine telefonische Befragung von 1000 Bürgern durch. In seinem Bericht nennt er verschiedene Gründe, warum in Liechtenstein derart wenige Frauen in der Politik vertreten sind:

- Die traditionellen Rollenbilder sind in Liechtenstein nach wie vor vorhanden. Die Politik, die Wirtschaft sowie die Gesellschaft sind bis heute stark männlich dominiert.
- Frauen sind etwas weniger an der Politik interessiert als Männer. Je jünger die Menschen sind, desto geringer ist das Interesse. Bei den 18- bis 34-Jährigen geben lediglich 10 Prozent der jungen Frauen an, sich sehr für Politik zu interessieren.
- Meist haben die Frauen geringere Chancen, gewählt zu werden. Dabei hängt das Recht der Frauen, sich am politischen Geschehen gleichberechtigt zu beteiligen, nur bedingt von der Anzahl der Kandidierenden ab. Eine höhere Anzahl führt laut Marxer nicht zwangsläufig zu einer höheren Anzahl an Mandaten. In den vergangenen Jahren konnten die Frauen allerdings dank der Sympathiestimmen Landtagsmandate ergattern.
- Frauenfreundlich wählen vor allem die Frauen und ältere Menschen. Insgesamt wählen jedoch lediglich 15 bis 25 Prozent der Bürger weibliche Kandidatinnen. «Vorsichtig interpretiert lässt sich über die Jahre zudem keine Zunahme, sondern eher eine Stagnation im frauenfreundlichen Wahlverhalten feststellen», sagt Marxer. Die Chancen, ein Landtagsmandat zu ergattern, erhöhe sich markant, wenn die Frauen bereits auf Gemeindeebene erfolgreich in der Politik vertreten



Sind für mehr Frauen in der Politik, von links: Vizevorsteherin Dagmar Gadow, Minister Mauro Pedrazzini und Politologe Wilfried Marxer. (Foto: Paul Trummer)

waren oder bereits ein Landtagsmandat innehaben.

• Viele Frauen haben wenig Interesse an einem Amt in politischen Institutionen, wie Parteien, Parlamenten oder Regierung. Gründe dafür sind vor allem der politische Stil (zu viel Machtpolitik anstelle von Sachpolitik) sowie die negativ besetzte Perspektive auf einen Wahlkampf. Hinzu kommen familiäre und berufliche Belastungen sowie eine gewisse Öffentlichkeitsscheu.

## Es herrscht Handlungsbedarf

«Obwohl die Frauen sich bewusst gegen die Politik entscheiden und die Chance der Frauen, gewählt zu werden, lediglich bei rund 30 Prozent liegt, lässt das Verständnis für

eine spezielle Frauenförderung in der Bevölkerung nach», sagt Marxer. Dennoch sieht er erheblichen Handlungsbedarf, denn ein tiefer Frauenanteil im Parlament habe durchaus Auswirkungen. «Frauen haben unterschiedliche Zugänge zu verschiedenen Themen», so der Experte. So wählten die Männer bei seiner Befragung eine grosse Koalition, die Frauen wünschten sich eine Koalition aller Parteien. Während die Frauen den Staatshaushalt durch konsequentes Sparen sanieren wollen, gaben die Männer an, Steuererhöhungen vorzuziehen. Es gebe aber nicht nur signifikante Differenzen bei verschiedenen Lösungsansätzen, eine Unterrepräsentation könne auch ein Signal der

Ungleichheit senden, welches auch Symbolkraft für weitere gesellschaftliche Bereiche haben könne. «Ein Abbild der derzeitigen Ungleichheit ist auch die gravierende Unterrepräsentanz der Frauen in Gremien, Kommissionen und Ämtern. Hier fordert Marxer die Regierung und die Parteien auf, mehr Sensibilität bei der Rekrutierung und Stellenbesetzung zu zeigen. Marxer sieht Vorteile einer Quotenregelung, befürchtet jedoch, dass diese in Liechtenstein nicht umsetzbar ist. «Wenn die Politik etwas verändern will, ist da eine Frage von Massnahmen. Ich sehe derzeit jedoch keinen politischen Willen, die gesellschaftliche Schiefelage zu ändern», sagt Marxer nüchtern.

## Umfrage zum Thema Frauen in der Politik



«Die Parteien setzen sich bereits jetzt sehr stark dafür ein, eine Ausgewogenheit der Geschlechter anzustreben. Dennoch sollten wir geschlechterunabhängig und über alle Generationen hinweg mehr Gewicht auf die politische Kommunikation legen. Wenn bei Jugendlichen ein breites Interesse am politischen und volkswirtschaftlichen Geschehen entstehen würde, würde sich auch die asynchrone Repräsentanz von Männern und Frauen in der Politik in Zukunft von selbst auflösen.»

CHRISTINE WOHLWEND  
FRAKTIONSSPRECHERIN FBP



«Künftig könnte gesetzlich verankert werden, dass auf den Wahllisten 50 Prozent Frauen stehen. Ich attestiere einer solchen Regelung eine höhere Akzeptanz als einer 50-Prozent-Repräsentanzregel im Landtag. Zudem könnten bei der Medienförderung die geschlechterspezifische Berichterstattung und Bildersprache stärker beachtet und bestimmte Standards eingefordert werden. Die Frauen sind aber auch selbst aufgerufen, sich politisch zu engagieren.»

HELEN KONZETT BARGETZE  
FRAKTIONSSPRECHERIN FL



«Wenn wir die Gleichstellung der Geschlechter tatsächlich anstreben - und das ist meines Erachtens selbstverständlich in einer modernen Gesellschaft - so braucht es dafür die entsprechende Einsicht und den Willen zur Umsetzung. Massnahmen zur Förderung von Frauen sind gut und wichtig, sie müssen jedoch ernst gemeint sein und sich nach den Bedürfnissen der Frauen richten. Staat, Parteien und Frauenorganisationen könnten beispielsweise miteinander eine Strategie zum politischen Einbezug von Frauen entwickeln.»

VIOLANDA LANTER-KOLLER  
LANDTAGSVIZEPRÄSIDENTIN, VU